

Wirtschaftsgipfel Venedig

Treffen der Staats- und Regierungschefs
vom 8. bis 10. Juni 1987

Erklärung zu den Ost-West-Beziehungen

Venedig, 9. Juni 1987

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industriestaaten und die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft, haben die Ost-West-Beziehungen erörtert. Wir bekräftigen unsere gemeinsamen Grundsätze und Ziele sowie unser gemeinsames Bekenntnis zur Wahrung und Stärkung des Friedens.

2.

Mit Stolz erkennen wir, daß die Dynamik und der Wohlstand der Gesellschaft unserer Länder in unseren gemeinsamen Werten der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte ihren Ursprung haben. Wir bekennen uns erneut zu der Verpflichtung, nach einer freieren, demokratischeren und humaneren Welt zu streben.

3.

Innerhalb der bestehenden Bündnisse ist jeder von uns entschlossen, eine starke und glaubwürdige Verteidigung aufrechtzuerhalten, welche niemandes Sicherheit bedroht, die Freiheit schützt, durch Abschreckung Aggression verhindert und den Frieden wahrt. Wir werden uns weiterhin über alle unsere gemeinsamen Belange betreffenden Angelegenheiten eingehend konsultieren. Von den Grundsätzen, die uns alle leiten, werden wir nicht abgehen.

4.

Seit unserem letzten Treffen haben sich neue Chancen für Fortschritte in den Ost-West-Beziehungen ergeben. Wir fühlen uns durch diese Entwicklungen ermutigt. Sie bestätigen die Solidität der Politik, die jeder von uns in seiner Entschlossenheit, eine freiere und sicherere Welt zu schaffen, verfolgt hat.

5.

Wir verfolgen mit aufmerksamem Interesse die jüngsten innen- und außenpolitischen Entwicklungen in der Sowjetunion. Wir hoffen, daß sie sich für die Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen den Ländern in Ost und West als sehr bedeutsam erweisen werden. Gleichzeitig bleiben tiefgreifende Unterschiede bestehen; jeder von uns muß alle Aspekte der sowjetischen Politik weiterhin wachsam und aufmerksam verfolgen.

6.

Wir bekräftigen unser Bekenntnis zum Frieden und zu höherer Sicherheit auf niedrigerem Rüstungsniveau. Wir streben

nach umfassenden Bemühungen zum Abbau der Spannungen und zur Herbeiführung nachprüfbarer Rüstungsreduzierungen. Wir bekräftigen die anhaltende Bedeutung der nuklearen Abschreckung für die Wahrung des Friedens, stellen aber gleichzeitig mit Befriedigung fest, daß der Rüstungskontrolldialog vertieft worden ist und sich günstigere Aussichten auf einen Abbau der nuklearen Streitkräfte abzeichnen. Wir würdigen die Bemühungen der Vereinigten Staaten, ausgewogene, substantielle und nachprüfbare Kernwaffenreduzierungen auszuhandeln. Wir betonen unsere Entschlossenheit, konventionelle Stabilität auf niedrigerem Streitkräfteniveau zu verbessern und die völlige Beseitigung chemischer Waffen zu erreichen. Wir glauben, daß diese Ziele aktiv verfolgt und in konkrete Vereinbarungen umgesetzt werden sollten. Wir fordern die Sowjetunion nachdrücklich auf, positiv und konstruktiv zu verhandeln. Eine wirksame Lösung dieser Fragen ist eine wesentliche Voraussetzung für echte und dauerhafte Stabilität in der Welt.

7.

Sehr aufmerksam werden wir nicht nur auf sowjetische Erklärungen, sondern auch auf sowjetische Taten in Angelegenheiten achten, die uns ein gemeinsames Anliegen sind; insbesondere

– fordern wir bedeutende und dauerhafte Fortschritte bei den Menschenrechten, denn dies ist für die Vertrauensbildung zwischen unseren Nationen wesentlich. Noch immer bleibt viel zu tun, um den in der Schlußakte von Helsinki vereinbarten und seitdem bekräftigten Grundsätzen und eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden,

– wünschen wir eine schnelle und friedliche Lösung von regionalen Konflikten und insbesondere den raschen und vollständigen Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan, damit das afghanische Volk über seine eigene Zukunft frei bestimmen kann,

– fördern wir verstärkte Kontakte, einen freieren Gedankenaustausch und intensiveren Dialog zwischen unseren Bürgern und den Bürgern der Sowjetunion und Osteuropas.

Inhalt

Wirtschaftsgipfel Venedig

Erklärung zu den Ost-West-Beziehungen	509
Erklärung zum irakisch-iranischen Krieg und zur freien Schifffahrt im Golf	510
Erklärung zum Terrorismus	510
Wirtschaftserklärung von Venedig	511
Erklärung zu AIDS	514
Erklärung über Drogen	515
Erklärung des Bundeskanzlers zum Abschluß des Wirtschaftsgipfels	515

8.

So strebt jeder von uns danach, den militärischen Wettlauf zwischen Ost und West auf niedrigerem Rüstungsniveau zu stabilisieren; stabile politische Lösungen von regionalen Konflikten zu fördern; dauerhafte Verbesserungen bei den Menschenrechten sicherzustellen; und Kontakte und Vertrauen zwischen Regierungen und Völkern in einer humaneren Welt zu schaffen. In allen Bereichen sind Fortschritte erforderlich, um eine dauerhafte Grundlage für stabile und konstruktive Beziehungen zwischen den Ländern in Ost und West zu errichten.

Erklärung zum irakisch-iranischen Krieg und zur freien Schifffahrt im Golf

Venedig, 9. Juni 1987

Wir waren uns dahingehend einig, daß neue und abgestimmte internationale Bemühungen dringend erforderlich sind, um zu einer Beendigung des Krieges zwischen dem Irak und dem Iran beizutragen. Wir sind für ein möglichst frühes, auf dem Verhandlungswege erreichtes Ende des Krieges, das die territoriale Unversehrtheit und Unabhängigkeit des Irak und des Iran unangetastet läßt. Beide Länder haben unter diesem langen und tragischen Krieg sehr gelitten. Die Nachbarstaaten sind von einer möglichen Ausweitung des Konflikts bedroht. Wir fordern beide Parteien erneut auf, ein sofortiges Ende des Krieges auszuhandeln.

Wir unterstützen nachdrücklich die Vermittlungsbemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und drängen auf die Verabschiedung gerechter und wirksamer Maßnahmen durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Mit dieser Zielsetzung bekräftigen wir, daß der Grundsatz der freien Schifffahrt im Golf für uns und für andere von ausschlaggebender Bedeutung ist und aufrechterhalten werden muß. Der Öltransport und der sonstige Verkehr muß sich weiterhin frei und ungehindert durch die Straße von Hormuz bewegen können.

Wir verpflichten uns zu weiteren Konsultationen darüber, wie diese wichtigen Ziele wirksam erreicht werden können.

Erklärung zum Terrorismus

Venedig, 9. Juni 1987

Wir, die Staats- und Regierungschefs von sieben großen Demokratien und die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft, die wir uns hier in Venedig versammelt haben, sind uns der Sorge unserer Völker über die Bedrohung durch den Terrorismus zutiefst bewußt;

- wir bekräftigen die in früheren Gipfelkonferenzen in Bonn, Venedig, Ottawa, London und Tokyo ausgesprochenen Verpflichtungen;
- wir verurteilen entschieden alle Formen des Terrorismus einschließlich Flugzeugentführungen und Geiselnahmen und bekunden erneut unsere Auffassung, daß es für den Terrorismus, gleich welche Motive er hat, keinerlei Rechtfertigung gibt;
- wir bekräftigen unser aller Bekenntnis zu dem Grundsatz, gegenüber Terroristen und ihren Helfern keinerlei Zugeständnisse zu machen;
- wir sind nach wie vor entschlossen, gegenüber jedem Staat, der offenkundig an der Finanzierung oder Unterstützung des internationalen Terrorismus beteiligt ist, im Rahmen des Völkerrechts und unserer Rechtshoheit wirksame Maßnahmen anzuwenden;
- wir begrüßen die Fortschritte, die seit unserer letzten Zusammenkunft im Mai 1986 in Tokyo bei der internatio-

nalen Zusammenarbeit gegen den Terrorismus erzielt worden sind, und insbesondere die Initiative Frankreichs und Deutschlands, im Mai in Paris eine Tagung der für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Minister einzuberufen;

- wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, sowohl durch nationale Maßnahmen als auch durch internationale Zusammenarbeit zwischen uns und gegebenenfalls mit anderen Staaten den Terrorismus zu bekämpfen, und erneuern daher unseren Appell an alle gleichgesinnten Länder, die internationale Zusammenarbeit in allen geeigneten Gremien zu festigen und auszubauen;
- wir werden unsere Bemühungen zur Erhöhung der Sicherheit von Reisenden fortsetzen. Wir begrüßen die Sicherheitsverbesserungen auf Flughäfen und in der Seeschifffahrt und fördern die Arbeit der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation und der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation auf diesem Gebiet. Jeder von uns wird weiterhin die Tätigkeit von Luftfahrtunternehmen, die Sicherheitsprobleme aufwerfen, genau überwachen. Die Staats- und Regierungschefs haben die in der Anlage zu dieser Erklärung aufgeführten Maßnahmen beschlossen, um der Bonner Erklärung von 1978 bei der Bewältigung aller die Zivilluftfahrt bedrohenden Formen des Terrorismus zu größerer Wirksamkeit zu verhelfen;
- wir verpflichten uns, Terroristen nach rechtsstaatlichen Grundsätzen vor Gericht zu bringen. Jeder von uns sagt eine verstärkte Mitarbeit in den einschlägigen Gremien und im Rahmen der innerstaatlichen Rechtsvorschriften und des Völkerrechts bei der Fahndung nach sowie bei der Festnahme und Strafverfolgung von Terroristen zu. Insbesondere bekräftigen wir den in einschlägigen internationalen Übereinkünften niedergelegten Grundsatz, diejenigen, die terroristische Gewalttaten verübt haben, im Einklang mit innerstaatlichen Rechtsvorschriften und jenen internationalen Übereinkünften vor Gericht zu stellen oder auszuliefern.

Anlage

Die Staats- und Regierungschefs erinnern daran, daß sie in ihrer Erklärung von Tokyo zum internationalen Terrorismus vereinbarten, der Bonner Erklärung von 1978 bei der Bewältigung aller die Zivilluftfahrt bedrohenden Formen des Terrorismus zu größerer Wirksamkeit zu verhelfen. In Fällen, in denen ein Land die Auslieferung oder Strafverfolgung derjenigen, die in dem Übereinkommen von Montreal zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt genannte strafbare Handlungen begangen haben, verweigert und/oder das betroffene Flugzeug nicht zurückgibt, sind die Staats- und Regierungschefs daher gemeinsam entschlossen, durch ihre Regierungen sofort dafür zu sorgen, daß gemäß der Bonner Erklärung Flüge in ein solches Land eingestellt werden.

Gleichzeitig werden ihre Regierungen Schritte einleiten, um im Sinne der Bonner Erklärung Einflüge durch Luftfahrtunternehmen dieses Landes aus ihm oder aus einem anderen Land zu unterbinden.

Die Staats- und Regierungschefs beabsichtigen ferner, die Bonner Erklärung zu gegebener Zeit zu erweitern, so daß sie künftige einschlägige Änderungen des genannten Übereinkommens oder anderer Luftfahrtübereinkommen in bezug auf die Auslieferung oder Strafverfolgung der Täter abdeckt.

Die Staats- und Regierungschefs fordern andere Regierungen nachdrücklich auf, sich dieser Verpflichtung anzuschließen.

Wirtschaftserklärung von Venedig

Venedig, 10. Juni 1987

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industriestaaten und die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft, sind vom 8. bis 10. Juni 1987 in Venedig zusammengekommen, um die Fortschritte zu überprüfen, die unsere Länder einzeln und gemeinsam bei der Durchführung der Politik erzielt haben, zu der wir uns auf früheren Gipfeln verpflichtet haben. Wir sind nach wie vor entschlossen, diese Wachstums-, Stabilitäts-, Beschäftigungs- und Wohlfahrtspolitik für unsere Länder und für die Weltwirtschaft zu verfolgen.

2.

Wir können seit unserer Zusammenkunft im letzten Jahr auf eine Reihe positiver Entwicklungen zurückblicken. Das Wachstum setzt sich nunmehr im fünften Jahr fort, wenn auch mit niedrigeren Raten. Die durchschnittlichen Inflationsraten haben sich verringert. Die Zinsen sind allgemein zurückgegangen. Unter den führenden Währungen ist es zu Wechselkursänderungen gekommen, die mit der Zeit zu einer dauerhafteren Struktur der Leistungsbilanzpositionen beitragen werden und die Währungen in Bereiche gebracht haben, die weitgehend den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechen. Volumenmäßig hat eine Anpassung der Handelsströme bereits eingesetzt, auch wenn die Ungleichgewichte wertmäßig nach wie vor zu groß sind.

Makroökonomische Politik und Wechselkurse

3.

Seit Tokyo haben die Gipfelländer die Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitik mit dem Ziel verstärkt, die Vereinbarkeit der einzelstaatlichen Maßnahmen untereinander und auf internationaler Ebene zu gewährleisten. Dies ist für ein stärkeres und anhaltendes weltweites Wachstum, verringerte außenwirtschaftliche Ungleichgewichte und stabilere Wechselkursverhältnisse wesentlich. Angesichts der im Louvre und in Washington erreichten wirtschaftspolitischen Vereinbarungen könnten weitere erhebliche Verschiebungen in den Wechselkursen Bemühungen um eine Steigerung des Wachstums und eine Erleichterung der Anpassungen vereiteln. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung zur raschen und vollständigen Durchführung dieser Vereinbarungen.

4.

Nun müssen wir die Probleme lösen, die trotzdem noch in einigen unserer Länder bestehen: außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, die noch immer groß sind; unverändert hohe Arbeitslosigkeit; große staatliche Defizite; hohe reale Zinsen. Desgleichen gibt es fortgesetzte Handelsbeschränkungen und verstärkten protektionistischen Druck, anhaltende Schwäche vieler Rohstoffmärkte und geringere Aussichten für Entwicklungsländer, Wachstum zu erreichen, die nötigen Absatzmärkte zu finden und ihre Auslandsschulden zu bedienen.

5.

Die Beseitigung außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte wird ein langer und schwieriger Prozeß sein. Das Problem, diese Ungleichgewichte zu beheben und gleichzeitig das Wachstum aufrechtzuerhalten, wird durch Wechselkursänderungen allein nicht gelöst werden. Überschußländer werden ihre Politik so ausrichten, daß die Binnennachfrage gestärkt und außenwirtschaftliche Überschüsse abgebaut werden, gleichzeitig aber die Preisstabilität gewahrt bleibt. Defizitländer werden zwar eine Politik verfolgen, die ein stetiges Wachstum bei niedriger Inflation fördert, aber gleichzeitig ihre fiskalischen und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte verringern.

6.

Wir fordern andere Industriestaaten auf, sich an den Bemühungen zur Stützung der Weltkonjunktur zu beteiligen. Wir fordern auch die Schwellenländer mit schnellem Wachstum und großen außenwirtschaftlichen Überschüssen zur Übernahme größerer Verantwortung auf, wenn es darum geht, durch den Abbau von Handelsschranken sowie durch die Verfolgung einer Politik, es zuzulassen, daß ihre Währungen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vollständiger widerspiegeln, ein offenes Welthandelssystem aufrechtzuerhalten.

7.

Unter den Gipfelländern bleibt Haushaltsdisziplin ein wichtiges mittelfristiges Ziel, und eine Reihe von ihnen müssen weiterhin den Abbau bestehender Ungleichgewichte im staatlichen Sektor anstreben. Diejenigen Gipfelländer, die bei der Haushaltskonsolidierung bedeutende Fortschritte erzielt haben und über große außenwirtschaftliche Überschüsse verfügen, bleiben verpflichtet, innerhalb eines Rahmens mittelfristiger fiskalischer Ziele eine Fiskal- und Geldpolitik zu verfolgen, die auf die Stärkung binnenwirtschaftlicher Wachstumskräfte abzielt. Die Geldpolitik sollte zudem inflationsfreies Wachstum unterstützen und die Stabilität der Wechselkurse fördern. Angesichts der in vielen Ländern zu erwartenden niedrigen Inflation wäre eine weitere marktorientierte Senkung der Zinsen hilfreich.

Strukturpolitik

8.

Einig sind wir uns auch über die Notwendigkeit einer wirksamen Strukturpolitik mit dem besonderen Ziel der Arbeitsplatzbeschaffung. Zu diesem Zweck werden wir

- den Wettbewerb fördern, um die industrielle Anpassung zu beschleunigen;
- große Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage in der Landwirtschaft verringern;
- arbeitsplatzbeschaffende Investitionen erleichtern;
- das Funktionieren der Arbeitsmärkte verbessern;
- die weitere Öffnung der Binnenmärkte fördern;
- für die Beseitigung von Unzulänglichkeiten und Beschränkungen der Kapitalmärkte sowie für die Verbesserung des Funktionierens der internationalen Finanzmärkte Anreize schaffen.

Multilaterale Überwachung und wirtschaftspolitische Abstimmung

9.

Wir begrüßen sehr die von der Gruppe der sieben Finanzminister bei der Entwicklung und Durchführung verstärkter Abmachungen für die im vergangenen Jahr in Tokyo geforderte multilaterale Überwachung und wirtschaftspolitische Abstimmung erzielten Fortschritte. Der neue Koordinierungsprozeß, zu dem auch die Verwendung wirtschaftlicher Indikatoren gehört, wird die Bemühungen um mehr Kohärenz und gegenseitige Vereinbarkeit der Politik unserer Länder stärken.

10.

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigen die auf den Tagungen der Gruppe der Sieben im Louvre und in Washington verabschiedeten Strategien und Verpflichtungen einschließlich derjenigen in bezug auf Wechselkurse. Sie sind sich einig, daß - falls das weltwirtschaftliche Wachstum in Zukunft unzureichend ist - zusätzliche Maßnahmen geboten sind, damit ihre gemeinsamen Ziele erreicht werden können. Demgemäß fordern sie ihre Minister auf, erforderlichenfalls weitere geeignete politische Maßnahmen zu entwickeln und zur Förderung der Wechselkursstabilität weiterhin eng zusammenzuarbeiten.

11.

Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik ist ein kontinuierlicher Prozeß, der sich im Laufe der Zeit herausbilden und